

Streikwelle und Rechtsschutzverein – Die Anfänge der Bergarbeiterbewegung im Saarrevier

Harald Glaser

Am 15. Mai 1889 versammelten sich in Bildstock 3.000 Bergarbeiter. Sie verabschiedeten eine EntschlieÙung, in deren Mittelpunkt folgende Forderungen standen:

- eine achtstündige Arbeitszeit einschließlich Ein- und Ausfahrt,
- ein ausreichendes sicheres Einkommen und
- das Ende der Willkür bei der Festlegung von Löhnen und Strafen.

Bei Nichterfüllung kündigten sie an, innerhalb von acht Tagen die Arbeit niederzulegen.

1. Vorgeschichte

Werfen wir, bevor wir uns dem Fortgang der Ereignisse zuwenden, einen Blick zurück. Schon bald nach Angliederung des größten Teils der Saarregion und ihrer Kohlevorkommen an Preußen führte das Bemühen des preußischen Bergfiskus um eine systematische Erschließung der neuen Einkommensquelle zum ersten Zusammenstoß mit den Bergleuten. 1816 traten die Belegschaften der Gruben Großwald und Klarenthal in den Streik, um die Einteilung in Hauer und Schlepper und damit die Aufgliederung eines bis dahin einheitlichen Arbeitszusammenhangs in unterschiedlich entlohnte Tätigkeiten zu verhindern. Durch den Widerstand verzögerte sich das Vorhaben um drei Jahre.

In den folgenden Jahrzehnten, die durch den Ausbau und einen lange andauernden Aufschwung des Bergbaus gekennzeichnet waren, blieb es ruhig im Saarrevier. Arbeitsniederlegungen zu Anfang der 1870er Jahre blieben örtlich begrenzt. Erste Ansätze „sozialdemokratischer Agitation“, wie es damals hieß, wurden von Behörden und Unternehmern unterdrückt. Die 1889 beginnende Streikwelle bildete, wie Karl Alfred Gabel 1921 in seiner Geschichte der Hüttenarbeiterorganisationen an der Saar schreibt, „die erste ernsthafte Erschütterung der Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, wie sie im Saargebiet traditionell geworden waren...“¹

2. Die Streikwelle 1889-93

2.1. Auslösende Umstände

Wie lässt sich diese, durch die Lohnkonflikte der siebziger Jahre zwar angekündigte, in ihrem Ausmaß aber doch überraschende „Erschütterung der Verhältnisse“ erklären? Betrachten wir zuerst die materielle Lage der Bergarbeiterschaft. Nachdem die Reallöhne in der Gründerkrise gesunken waren, stiegen sie Anfang der 1880er Jahre zwar wieder an und blieben bis 1889 auf gleicher Höhe, jedoch nicht auf Grund von Lohnerhöhungen, sondern dank der gestiegenen Förderleistung. Dies ging mit stärkerer Arbeitsbelastung und einer verschärften Antreiberei einher, die das Arbeitsklima belastete. Das verbreitete System von Günstlingswirtschaft und Bestechung, das bisher stabilisierend gewirkt hatte, wurde jetzt zunehmend als willkürlich und als Erschwernis empfunden. Die Auflösung eingespielter Arbeitsbeziehungen im Zuge arbeitsorganisatorischer Neuerungen und die verstärkte Kontrolle der Arbeitsverrichtungen, trugen zusätzlich zur Verunsicherung bei.

Das Absinken ihres Lebensstandards und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen hatten die Bergleute angesichts der angespannten Wirtschaftslage noch hingenommen. Den Ausschlag zum Widerstand gab das Gefühl, vom Ende der achtziger Jahre einsetzenden Aufschwung ausge-

schlossen zu sein. Die gleichzeitigen Streiks im Ruhrgebiet und in den Bergbaurevieren Belgiens, Nordfrankreichs und Großbritanniens, die Bewegung für den Achtstundentag und die sich ausbreitenden Organisationsbestrebungen der Arbeiterschaft blieben auch im Saarrevier nicht unbeachtet. Der Empfang von Abgesandten der streikenden Ruhrbergarbeiter bei Wilhelm II. galt den überwiegend kaiser- und staatstreuen Saarbergleuten als Hoffnungszeichen.

2.2. Maistreik 1889

Die Bergwerksdirektion lehnte die Forderungen ab, stellte aber die Überprüfung von Missständen in Aussicht. Als sich die Unruhe ausbreitete, erklärte sie sich zu einzelnen Zugeständnissen bereit. Eine erneute Zusammenkunft in Bildstock am 22. Mai mit diesmal 15.000 Teilnehmern beschloss dessen ungeachtet, ab dem folgenden Tag die Arbeit niederzulegen. Der Beschluss fiel gegen den Rat der Versammlungsleitung, die die Bedenkzeit verlängern wollte; die Frist bis 15. Mai war inzwischen abgelaufen. Nachdem die Bergwerksverwaltung am 2. Juni ultimativ die Wiederaufnahme der Arbeit verlangt und Wilhelm II. einen Empfang, wie er ihn den streikenden Ruhrbergleuten gewährte, verweigert hatte, brach der Streik zusammen. Gewisse Erfolge wurden dennoch erzielt: Die Schichtdauer wurde auf zehn Stunden beschränkt und eine untere Grenze für die Versteigerung der Gedinge² festgelegt. Weitgehend unverändert blieb das bemängelte Strafsystem.

2.3. Vereinsgründung und Dezemberstreik 1889

Das Streikkomitee um den Bergmann Nikolaus Warken gab am 13. Juni den Anstoß zur Gründung eines Rechtsschutzvereins. Die Vereinsgründung fand am 28.7. in Bildstock statt. Als Vorbild diente der Verein gleichen Namens im Ruhrgebiet. Während sich dieser jedoch auf Rechtsberatung und –beistand, v.a. gegenüber der Knappschaft, beschränkte, beabsichtigten Warken und seine Mitstreiter eine umfassendere Interessenvertretung. Dass sie die Organisationsform eines Rechtsschutzvereins wählten, ging im Wesentlichen auf den Einfluss des Kaplans Friedrich Dasbach zurück, eines katholischen Publizisten und Zentrumspolitikers, der im Bistum Trier eine führende Rolle beim Aufbau des katholischen Vereinswesens spielte. Der Vereinsvorstand sah sein Ziel nicht in weiteren Arbeitsniederlegungen, sondern sprach sich für ein paritätisches Schiedsgericht aus – eine Forderung, die sich in den Völklinger Beschlüssen wiederfindet; außerdem setzte er weiter auf die Unterstützung des Kaisers.

Währenddessen nahmen Entlassungen, Schikanen und Beleidigungsklagen gegen die Vertreter der Bergarbeiter zu. Beleidigungsklagen bildeten damals ein verbreitetes Mittel, um gegen Widersacher vorzugehen. Der Eindruck, hingehalten und übervorteilt zu werden, schürte Misstrauen, verstärkte die Organisationsbereitschaft und beflügelte einen vorerst noch überwiegend verbalen Radikalismus.

So ist zu erklären, dass, obwohl ein Teil der Entlassungen zurückgenommen und weitere Zugeständnisse in Aussicht gestellt wurden, am 15. Dezember eine Versammlung den nächsten Streik ausrief, trotz der Warnung von Vorstandsmitgliedern. Auch diesmal wurde die Arbeit nach einem Ultimatum wieder aufgenommen und außerdem beschlossen, die für den 1. Februar angekündigten Erlasse Wilhelm II. zum Arbeitsschutz und zu den Arbeiterausschüssen abzuwarten.

2.4. Festigung der Organisation und Standortbestimmung

Bis Sommer 1891 traten, je nach Quelle, zwischen 20.000 und 24.000 Bergleute, d.h. 67 - 81% der Belegschaft, dem Rechtsschutzverein bei.³ Mit dem Bau des Rechtsschutzsaals in Bildstock schuf sich die Bewegung eine eigene Versammlungsstätte und unterstrich ihren Zusammenhalt. Die Gründung von Kasinos bzw. Konsumvereinen zielte auf die Gewinnung selbstbestimmter Handlungsräume im außerbetrieblichen Alltag.⁴ Über die Beschäftigung mit politischen und gewerkschaftlichen Fragen lockerte sich die enge Bindung an den politischen Katholizismus, was in der Kandidatur von Vorstandsmitgliedern als Unabhängige bei den Reichstagswahlen 1890, gegen die Kandidaten der Zentrumsparterie, zum Ausdruck kam.⁵ Dabei gewann Nikolaus Warken, inzwischen Geschäftsführer des Rechtsschutzvereins, im Wahlkreis Saarbrücken 35,8% der Stimmen. Mit der Teilnahme am Deutschen Bergarbeitertag in Halle im September 1890 und am Internationalen Bergarbeiterkongress in Paris im April des folgenden Jahres nahm der Rechtsschutzverein Verbindung zu den gewerkschaftlichen Bestrebungen auf nationaler und internationaler Ebene auf.

Die Standortbestimmung verlief keineswegs konfliktfrei. Einen wesentlichen Streitpunkt bildete die Stellung zu der von Obrigkeit, den beiden Kirchen und der bürgerlichen Presse aufs Schärfste bekämpften Sozialdemokratie. Dabei lässt sich beobachten, wie deren Verteufelung und der Vorwurf, selbst sozialdemokratische Bestrebungen zu verfolgen, eine Auseinandersetzung mit den Vorstellungen der Sozialdemokratie bewirkte, die zur Infragestellung des Feindbildes beitrug. Eine dauerhafte Annäherung an die Sozialdemokratie blieb hingegen die Ausnahme. Dessen ungeachtet erwies sich der Rechtsschutzverein in Tätigkeit und Zielsetzung als Gewerkschaft, was auch in dem neuen Statut vom 27.11.1891 seinen Niederschlag fand, das sich an die in Halle verabschiedete Satzung des Bergarbeiterverbandes anlehnte. Johann Leimpeters schrieb, der Verein habe sozialdemokratische Politik betrieben, ohne sich dessen bewusst zu sein.⁶ Leimpeters, sozialdemokratischer Gewerkschaftssekretär und früherer Bergmann, veröffentlichte 1913 eine Streitschrift gegen die christlichen Gewerkschaften, in der er auch die Anfänge der Bergarbeiterbewegung beleuchtete.

2.5. Streik 1892/93 und Niederlage

Inzwischen verschlechterten sich die Arbeits- und Lebensbedingungen weiter. Dem Rückgang der Kohlenachfrage durch den Konjunkturabschwung der Eisenindustrie trug die Bergwerksverwaltung mit Lohnkürzungen und Feierschichten Rechnung. Auf Ablehnung traf auch die neue Arbeitsordnung, die weiterhin keine achtstündige Arbeitsdauer, gleichzeitig aber eine Reihe von Verschlechterungen enthielt. Indem sie die Änderungsanträge der Arbeiterausschüsse übergab, was als Herausforderung empfunden werden musste, zog die Bergwerksdirektion die Möglichkeit eines Streiks bereits in Betracht. Begünstigt durch die schlechte Konjunkturlage sah sie die Gelegenheit gekommen, der Bewegung den entscheidenden Schlag zu versetzen.

Angesichts des Scheiterns der ohnehin nicht ernsthaft verfolgten Integrationsversuche, v.a. aber als Folge der Rückkehr der Reichsregierung zum Konfrontationskurs gegenüber der Sozialdemokratie, hatte sich eine kompromisslose Linie durchgesetzt.

Zwei Versammlungen in Bildstock beschlossen am 28. Dezember den Ausstand ab dem folgenden Tag. Diesmal trug auch der Vereinsvorstand den Beschluss mit. Nikolaus Warken traf sicher eine weit verbreitete Einschätzung, als er bemerkte: „Schon 3 Jahre petitionieren wir, haben aber nichts erlangt. Was wir 1889 erlangt, ist uns wieder genommen.“⁷

Im Unterschied zum ersten Streik, der friedlich verlaufen war, zeichnete sich der nun beginnende Arbeitskampf durch ein hohes Maß an Gewalttätigkeit aus. Von Anfang an kam es zu Übergriffen auf Arbeitswillige, die sich in der verzweifelten Lage in der Schlussphase noch steigerten. Die Behörden antworteten mit einer Verhaftungswelle. Erstmals war das gesamte Saarrevier einbezogen. Die Beteiligung erreichte am dritten Tag fast 84%. Die Streikenden blockierten die Zugangswege zu den Schächten, wodurch sich der Arbeitskampf auch räumlich ausdehnte. Auffallend war des Weiteren die Mobilisierung der Bergarbeiterfrauen - sie hielten eigene Versammlungen ab und trugen die Auseinandersetzung in die Wohnorte, indem sie Streikbrecher und deren Familien bedrängten.

Ein Hirtenbrief des Trier Bischofs Korum vom 30. Dezember, in dem er vor dem Streik warnte, hielt weder die Bergleute von der Arbeitsniederlegung noch Bauern und Geschäftsleute von der Unterstützung der Ausständigen ab.

Entgegen der Erwartung der Streikenden entschied sich die Bergbauführung in Absprache mit Regierungspräsident, Landrat und Staatsanwaltschaft, keine Verhandlungen aufzunehmen, sondern mit Massenentlassungen zu antworten. Am 9. Januar wurden die endgültige Entlassung von 500 so genannten Hauptagitatoren und die zeitweise Ablegung von 2.000 bis 3.000 Arbeitern aus Konjunkturgründen angekündigt. Daraufhin brach der Streik zusammen.

3. Nachgeschichte

3.1. Friedhofsstille in Saarabien

Insgesamt verloren fast 2.500 Bergleute ihre Arbeit. Nach dem Scheitern des Ausstands legte sich wieder Friedhofsstille über das Saarrevier. Insbesondere die Angst vor weiteren Entlassungen und die Unsicherheit über die Wiedereinstellung der offiziell aus Konjunkturgründen abgelegten Bergleute erwies sich als wirksames Mittel zur endgültigen Zerschlagung der Bewegung. Auf Grund des Zusammenspiels von Bergwerksverwaltung und privaten Unternehmen bestand für die führenden Mitglieder des Rechtsschutzvereins keine Aussicht, im Saargebiet noch eine Arbeit zu finden. Wer nicht wie Nikolaus Warken in die heimische Landwirtschaft zurückkehren konnte, musste das Revier verlassen.

Im Jahrzehnt nach 1893 erfuhr das System Stumm seine stärkste Ausprägung. Die Wiederherstellung der unumschränkten Unternehmerherrschaft begründete – wie schon vor 1889 – eine Sonderstellung des Saarreviers. Sie war durch das Kartell aus staatlicher Bergwerks- und Eisenbahnverwaltung und privatem Unternehmertum gekennzeichnet, das den Arbeitsmarkt beherrschte und seine Machtstellung auf Grund des ständigen Arbeitskräfteüberschusses bis nach der Jahrhundertwende sichern konnte. Selbst im obrigkeitstaatlichen Kaiserreich waren die Zustände an der Saar außergewöhnlich genug, um die Aufmerksamkeit liberaler Beobachter zu erregen – nicht ohne Grund sprach Friedrich Naumann von „Saarabien“.

In den anderen europäischen Bergbaugebieten gingen die Gewerkschaften ebenfalls geschwächt aus dem Scheitern der Arbeitskämpfe hervor. Auch im Ruhrgebiet versuchten die Unternehmer gewerkschaftliche Bestrebungen durch Sperrabsprachen zu unterdrücken. Der Wettbewerb der dort überwiegend privaten Bergwerksunternehmen um Arbeitskräfte verhinderte aber deren lückenlose Durchsetzung. Die Gewerkschaften, die in Folge der Streiks entstanden, konnten sich behaupten und während des wirtschaftlichen Aufschwungs um die Jahrhundertwende festigen. Anders als an der Saar stehen die Streiks um 1890 daher allgemein am Beginn einer dauerhaften Organisierung der Bergarbeiter.

3.2. Neubeginn nach der Jahrhundertwende

Im Saargebiet hingegen gelang es den freien und christlichen Gewerkschaften erst nach der Jahrhundertwende allmählich Fuß zu fassen.

- Nachdem der Arbeitsmarkt die agrarische „Überschussbevölkerung“ aufgenommen und sich Möglichkeiten zur Abwanderung, v.a. in das aufstrebende lothringische Industriegebiet, eröffnet hatten, traten die Unternehmen erstmals in Konkurrenz um Arbeitskräfte, was die Jahrzehnte andauernde Unterlegenheit der Arbeitssuchenden beendete.
- Mit dem Übergang zur zweiten Generation von Bergarbeitern bildete sich, zumindest in Ansätzen und innerhalb des Reviers unterschiedlich ausgeprägt, ein Bewusstsein als Industriearbeiterschaft heraus.
- Mit dem Tod des Freiherrn von Stumm 1901 trat der Wortführer und die treibende Kraft der autoritären Unternehmerherrschaft von der Bühne ab. Die Bergwerksdirektion beschränkte ihre Unterdrückungsmaßnahmen nun weitgehend auf aktive Gewerkschafter. Auch ließ sie den Gewerkverein Christlicher Bergleute gewähren, da sie ihn als Gegengewicht gegen die als Hauptgegner angesehenen Sozialdemokraten betrachtete.
- Durch die Rücknahme der Überwachung in den betrieblichen Bereich weiteten sich die Freiräume im Alltag aus, wobei das sich ausbreitende Vereinswesen diese Entwicklung sowohl zum Ausdruck brachte als auch weiter vorantrieb.
- Der Bergarbeiterverband fand nach dem Zerwürfnis der evangelischen Knappschafts- und Arbeiterausschussvertreter mit der Nationalliberalen Partei (wegen deren Weigerung, sich von den Werkvereinen abzuwenden) Zugang zu den protestantischen Arbeitern v.a. im Raum Neunkirchen, Wiebelskirchen und konnte den Prozess Krämer gegen Hilger 1904, in dem die Zustände im Saarrevier zur Sprache kamen, trotz der juristischen Niederlage als Erfolg nutzen.⁸

4. Merkmale und Würdigung der Streikbewegung

Wenden wir uns noch einmal der Streikbewegung zu. Sie ist durch eine Entwicklung auf zwei Ebenen gekennzeichnet:

- Die Arbeitskämpfe weiteten sich aus und verschärften sich.
- Gleichzeitig organisierten sich die Beteiligten und versuchten, ihren Standort im gewerkschaftlichen und politischen Meinungsstreit zu bestimmen.

4.1. Organisationsentwicklung und Selbstverständigung

Bei den Formen des Zusammenschlusses und der Organisationsbildung sind zwei, sich ergänzende, aber voneinander unabhängige Ansätze zu unterscheiden:

- Erfahrungsaustausch und Entscheidungsfindung erfolgten auf Versammlungen. Die Streikbeschlüsse fielen, bis auf den letzten Streik, gegen Bedenken der Versammlungsleitung bzw. der anwesenden Vorstandsmitglieder des Rechtsschutzvereins. Das heißt, die Streikbewegung verlief selbstständig, sie wurde nicht von vermeintlichen organisierten „Rädelsführern“, sondern von der Mehrheit der Bergarbeiter vorangetrieben.
- Zugleich entstand mit dem Rechtsschutzverein eine dauerhafte Organisation und löste sich in der Auseinandersetzung um politische Ausrichtung und weiteres Vorgehen ein Teil der Mitglieder zumindest zeitweise aus obrigkeitsstaatlichen und klerikalen Bindungen.

4.2. Ausweitung und Radikalisierung des Protests

Wie kam es zu der Ausweitung und Radikalisierung des Protests? Einen entscheidenden Beweggrund der Bergarbeiter bildete von Beginn an der Eindruck von Übervorteilung und Missachtung. Im Zuge der Auseinandersetzung wurden sie sich ihrer Lage wohl immer stärker bewusst. Die rasche Ausbreitung der Bewegung, die Teilerfolge des ersten Streiks und Anzeichen für weitere Zugeständnisse weckten die Hoffnung, mehr erreichen zu können und steigerten die Entschlossenheit, eine Entscheidung herbeizuführen. Gleichzeitig blieb ein dauerhafter Erfolg aus. Diese Verbindung von Hoffnung und Enttäuschung dürfte die Radikalisierung maßgeblich gefördert haben. Die gleichen Gründe führten nach der Niederlage zu einem geradezu traumatischen Zusammenbruch. Mit dem Scheitern des letzten Streiks waren alle Hoffnungen enttäuscht:

- auf Hilfe des Staates, ausgehend von den Versprechungen Wilhelm II.;
- auf die Kraft der Streikbewegung, als die Bergwerksverwaltung trotz größten Einsatzes Verhandlungen verweigerte;
- auf den Rechtsschutzverein, der durch die Repressalien in kürzester Zeit zerfiel.

Auf eine tiefere Ursache für den grundsätzlichen Charakter des Konflikts weist Horst Steffens in seiner Studie über Alltagsleben und Streikverhalten der Bergarbeiter an der Saar hin. Falls für das Deutsche Reich in seiner Gesamtheit zutrifft, dass die Durchsetzung industriell-kapitalistischer Wirtschaftsverhältnisse und Arbeitsbeziehungen einherging mit der Behauptung eines obrigkeitsstaatlichen disziplinierenden Anspruchs und der Übertragung militärischer Ordnungsvorstellungen auf das Arbeits- und Alltagsleben, so gilt dies im Saarrevier umso mehr, wo das staatlich-private Beschäftigungsoligopol, verbunden mit autoritärem Wohlfahrtsdenken, der Arbeiterschaft so gut wie keinen Freiraum ließen. Vor diesem Hintergrund kann der Winterstreik 1892/93 als Höhepunkt der „über Jahre hinweg schwelenden Auseinandersetzungen um eine möglichst selbstbestimmte Lebensgestaltung inmitten einer Welt wachsender industrieller Zumutungen und ausgeprägt autoritär-patriarchalischer Ordnung“⁹ verstanden werden.

Von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart lässt sich feststellen, dass gewerkschaftliche Zusammenschlüsse nicht alleine auf Grund materieller Forderungen entstehen. Der Wunsch nach Freiräumen, etwa durch kürzere Arbeitszeiten, das Aufbegehren gegen Betrug und Missachtung und das Eintreten für menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen verbindet

die erste Bergarbeiterbewegung an der Saar ungeachtet aller Unterschiede im Einzelnen mit den gewerkschaftlichen Bestrebungen etwa in Ländern der Dritten Welt heute.

4.3. Rückblick

Die Zeitgenossen beurteilten Streikwelle und Rechtsschutzverein überwiegend nachteilig. Die Streikbeschlüsse, die ungeachtet von Erfolgsaussichten getroffen wurden, weckten Zweifel an der Urteilskraft der Beteiligten, was durch die Niederlage 1893 bestätigt schien. Die Hoffnungen, die die Bergleute auf Wilhelm II. setzten, ihre zur Schau getragene Frömmigkeit und der Personenkult um Nikolaus Warken riefen Befremden hervor. Bei näherem Hinsehen entsteht ein abgewogenes Bild. Insbesondere in der Arbeit von Steffens wird, indem er die Lebens-, Arbeits- und Gedankenwelt der Bergleute darstellt, die mentale Entwicklung deutlich, die durch die Streikbewegung ausgelöst wurde. Dass sie 1893 abbrach, war den besonderen Umständen im Saarrevier geschuldet. Auch dürfte sich von selbst verstehen, dass unter diesen Umständen keine idealtypische Arbeiterbewegung entstehen konnte.

Als Ausnahme unter den zeitgenössischen Stimmen abschließend ein Zitat aus dem sozialdemokratischen „Hamburger Echo“, das noch während des Streiks um Verständnis für die Saarbergleute warb:

„Es ist einer derjenigen Ausstände, die im gegebenen Augenblicke mit elementarer Gewalt hervorbrechen, ohne dass die Arbeiter sich die Frage vorlegen, ob sie Aussicht auf Erfolg haben. Auch wir neigen der Ansicht zu, dass der Ausstand erfolglos für die Arbeiter sein wird. Aber aus dem Umstande, dass die Arbeiter trotz der Ungunst der Situation in den Streik eingetreten sind, zu folgern, sie haben „bodenlos leichtfertig“ gehandelt – das überlassen wir der kapitalistischen und offiziellen Soldschreiber-Klique. Die Ausständigen sind der Sympathien aller ehrlichen Menschen wert.“¹⁰

Anmerkungen

1 Gabel, S. 80

2 Beim Gedinge handelte es sich um einen Gruppenlohn für eine vorab festgelegte Leistung, der durch Versteigerung an die Arbeitsgruppe mit der geringsten Forderung festgelegt wurde. Die Beschwerden richteten sich gegen die Unsicherheit der Entlohnung auf Grund der Versteigerung und der Möglichkeit, die Bezahlung entsprechend der Abbaubedingungen zu ändern. Letztere bot ebenso wie das so genannte Wagennull, d.h. die Nichtanrechnung unvollständig oder mit zu viel Berge beladener Kohlewagen, zudem die Möglichkeit zu Betrug durch beide Seiten und zur Benachteiligung durch die Vorgesetzten.

3 Vgl. Steffens, S. 47

4 Vorbild war der „Konsumverein rheinisch-westfälischer Bergleute „Glückauf““ mit Sitz in Gelsenkirchen. Die Generalversammlung des „Alten Verbandes“ im Ruhrgebiet beschloss am 11.5.1890 die Einrichtung genossenschaftlicher Verkaufsstellen, da die meisten Kaufleute während des Streiks keine Waren mehr anschreiben ließen. Mit den Kasinos sollte vor allem die polizeiliche Überwachung von Versammlungen umgangen werden. Nach Auflösungsverfügung durch den Landrat wurden sie in Konsumvereine umgewandelt. Anfang 1893 waren über 160 Konsumvereine im Genossenschaftsregister eingetragen. (Vgl. Mallmann, S. 213-215)

5 Kurz darauf grenzten sich die Vertreter des politischen Katholizismus vom Rechtsschutzverein ab. Die Ursachen lagen im „Schock“ durch das Erstarken der SPD bei den Reichstagswahlen 1890, in einer Annäherung an die Konservativen nach dem Ende des Kulturkampfes und in der Enzyklika „Rerum Novarum“ von Papst Leo VIII., die zur Vereinsbildung auf konfessioneller Grundlage aufrief und damit gegen die Organisation von Katholiken in (überkonfessionellen) Gewerkschaften Stellung bezog. Gleichzeitig näherte sich der Rechtsschutzverein dem Bergarbeiterverband an. (Vgl. Mallmann, S. 223-227)

6 „Die Saarbergleute gelobten Treue, gelobten Fernhalten von allen Umsturzbestrebungen und segelten, ohne es zu ahnen, hinein in den – Umsturz! Sie verlangten Lohnaufbesserung, kürzere Arbeitszeit, billigere Lebensmittel, wurden „Sozialdemokraten“, ohne es zu wissen!“ (Leimpeters, S. 27; vgl. Mallmann, S. 237)

7 Zit. n. Steffens, S. 90

8 Dem wegen des Besuchs einer Veranstaltung des Bergarbeiterverbandes in St. Ingbert im Jahr zuvor entlassenen Bergmann Karl Krämer, seit der Streikwelle Mitglied des Bergarbeiterverbandes, wurde vorgeworfen in einem Flugblatt die Bergbehörde beleidigt zu haben. Ewald Hilger war seit 1900 Vorsitzender der Bergwerksdirektion Saarbrücken. Zum Prozess wegen Bestechung von Steigern durch Kameradschaften 1908 vgl. Leimpeters, S. 37.

9 Steffens, S. 100

10 Nr. 6, 7.1.1893, zit. n. Steffens, S. 100

Literatur

- Ditt, Karl, Dagmar Kift (Hg.): 1889 – Bergarbeiterstreik und Wilhelminische Gesellschaft, Hagen 1989
- Feldman, Gerald D., Klaus Tenfelde: Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau. Industrielle Beziehungen im internationalen Vergleich, München 1989
- Gabel, Karl-Alfred: Kämpfe und Werden der Hüttenarbeiterorganisationen an der Saar, Saarbrücken 1921
- Horch, Hans: Der Wandel der Gesellschafts- und Herrschaftsstrukturen in der Saarregion während der Industrialisierung (1740-1914), St. Ingbert 1985
- Leimpeters, Johann: Die Komödie im Saargebiet, Bochum o.J. [1913]
- Mallmann, Klaus-Michael, Horst Steffens: Lohn der Mühen. Geschichte der Bergarbeiter an der Saar, München 1989
- Mallmann, Klaus-Michael: Die Anfänge der Bergarbeiterbewegung an der Saar (1848-1904), Saarbrücken 1981
- Oldenberg, Karl: Studien zur Rheinisch-Westfälischen Bergarbeiterbewegung, Leipzig 1890
- Steffens, Horst: Autorität und Revolte. Alltagsleben und Streikverhalten der Bergarbeiter an der Saar im 19. Jahrhundert, Weingarten 1987
- Tenfelde, Klaus: Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, 2. Aufl. Bonn 1981 [1. Aufl. 1977]